



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Das Londoner Ultimatum. Man hat mir vorgeworfen, daß meine Betrachtungen über außenpolitische Fehler und Versäumnisse die innere Lage in Deutschland unberücksichtigt ließen. Aber gerade den Standpunkt dieser Tadler bekämpfe ich. Daß Volk ist verloren, das es nicht über sich zu gewinnen vermag, die Schwierigkeiten seiner inneren Lage den Erfordernissen der Außenpolitik unterzuordnen. Diese Schwierigkeiten lassen Versäumnisse und Fehler begreiflich erscheinen, sie entschuldigen sie nicht. Denn gerade dies muß man vom Außenpolitiker verlangen, daß er seinen Gesichtspunkten im eigenen Hause Geltung zu schaffen weiß. Zugegeben, daß das in Deutschland schwerer ist als anderswo, aber wer eine Aufgabe übernimmt, muß, wenn er sie nicht zu erfüllen vermag, eben Angriffe dulden. Mit anderen Worten: Wer es übernimmt, dies außenpolitisch unbegabte Volk zu führen, soll sich nicht damit entschuldigen, daß bei der Unbegabtheit des Volkes als Ganzes auch von ihm keine besseren Leistungen zu erwarten seien. Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich genug gezeigt, wie unfähig augenblicklich die Parteien als solche zur Lösung dringender Aufgaben sind, aber ein starker Mann hätte es eben verstanden, über die Parteien hinweg ans Volk zu appellieren und die Untüchtigkeit des reinen Parteiregimes dem Volke deutlich vor Augen zu führen. Auch Dr. Simons hat es nach innen in noch stärkerem Grade als nach außen hin an Aktivität gefehlt.

Wenn irgend etwas typisch ist, für die allgemeine deutsche Unfähigkeit, Politik zu machen, so ist es die Tatsache, daß Deutschland in einem der wichtigsten Augenblicke seines nationalen Lebens, der Annahme des Londoner Ultimatus, keinen Außenminister hatte. Nicht auf Parteikonstellationen und sonstige Rücksichten ist das zurückzuführen, sondern auf die Unfähigkeit, Entschlüsse zu fassen und Verantwortungen zu übernehmen. Nehmen wir an, was ich nicht glaube, aber nehmen wir an, die Unterzeichnung war sachlich richtig — und in der Tat standen Sachverständigenurteile, sowohl wirtschaftliche wie politische, gegen Sachverständigenurteile: Keiner fand den Mut, für eine außenpolitische Entscheidung die Verantwortung zu übernehmen, die doch von vielen für die richtige gehalten wurde. Jeder Nachfolger Simons' kann sagen: ich bin es nicht gewesen, ich habe mich nur auf den Boden vorhandener Tatsachen gestellt. Aber wie soll er Aktivität entfalten, wenn er diese Tatsachen innerlich nicht anerkennt?

Wir wissen nicht, was wir wollen. „Haben Sie bemerkt“, schreibt Viviani im „Petit Journal“ vom 7. Mai ganz richtig, „daß Deutschland sich fast immer auf andere verläßt, auf ihre Schwäche oder auf ihre Bedenken, und daß es weniger auf sich selber rechnet? . . . Die ganze Geschichte seiner Kriegsführung bezeugte das, in der immer ein kindisches Raisonnement auf die diplomatischen Entscheidungen der Regierung eingewirkt hat. Und ebenso wird dies durch die Geschichte der vergangenen und jetzigen Unterhandlungen belegt.“

Was immer geschieht, immer gibt es einen Teil der nicht mitmacht und immer wird durch nach außen schwächlich wirkendes Davieren auf diesen Teil Rücksicht genommen. Wie anders in England. „Der Klub der Liberalen“ hat Lloyd George erst unlängst in einer Rede geäußert, „hat mein Porträt aus seinen Räumen in den Keller verbannt, weil ich versucht habe, mit anderen Männern zu arbeiten, die nicht zur gleichen Partei wie ich gehören, aber mein Vaterland ebenso lieben. Ich werde weiter mit ihnen arbeiten.“ Der „Vorwärts“ aber schrieb im November 1918: „Wir vertrauen auf den Weltsozialismus der friedlichen Arbeiterdemokratien, der früher oder später kommen und aller Ungerechtigkeit zwischen den Völkern ein Ende machen wird.“ Früher oder später! Wir scheint, wir werden recht lange auf das Später zu warten haben.

Nicht das Ja oder Nein der Annahme des Londoner Ultimatus steht zunächst zur Rede, sondern die allgemeine Ziellosigkeit. Die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets ist nicht von heute und nicht von gestern. Daß sie einmal aktuell wurde, war vorauszu sehen. Man hat also Zeit genug gehabt, sich

darüber klar zu werden, ob man einmal diesem Druck weichen würde oder nicht. Wollte man es nicht, mußte man aktiverweise unter allen Umständen vermeiden, Gelegenheiten zu seiner Anwendung zu schaffen oder eintreten zu lassen, dann aber auch, wenn sie trotzdem eintraten, unter allen Umständen fest bleiben und sich nicht ins Bockshorn jagen lassen, wenn der Druck tatsächlich eintrat. War man aber überzeugt, daß man das Risiko der Besetzung nicht auf sich nehmen konnte, so hatte es keinen Zweck, mit Stentorstimme ein Niemals hinauszuposaunen, an das man selber nicht glaubte und das dann, verleugnet, nicht gerade dazu dienete, bei den Feinden den Glauben an Deutschlands Entschlossenheit zu stärken.

Wie wenig aber das deutsche Volk sich in den letzten Monaten bewußt gewesen ist, um was es eigentlich ging, beweist die Reichstagsitzung vom 10. Mai: „Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiel. Es handelt sich um die Zukunft unseres hartgeprüften Vaterlandes“ sagte der neue Kanzler. Aber es fehlten bei dieser entscheidenden Sitzung nicht weniger als 76 Abgeordnete. Abgesehen von der moralischen Seite der Sache möchte ich wissen, wofür diese Herren eigentlich ihre Diäten beziehen und wie viele ihrer Wähler den Schneid aufbringen werden, sie für ihre Faulheit zur Rechenschaft zu ziehen. Und dann das Niveau der Debatte. Der Redner der Sozialdemokraten weiß nichts Besseres zu tun, als die Verantwortung abzulehnen, aber die Annahme trotzdem anzuraten. „Die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatus fiel nach Auffassung der Fraktion jenen Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten.“ Man kann stehen auf welchem Parteistandpunkt man immer will, aber das ist doch blanker Unsinn. Wenn ich zur Annahme eines Ultimatus rate, bin ich dafür verantwortlich, und wenn ich die Annahme für schädlich oder gefährlich halte, so nehme ich eben nicht an. Aber es ist widersinnig, zu sagen, ich nehme zwar an, aber die Verantwortung dafür haben die, die schuld haben, daß ich annehmen muß. Kein Mensch muß müssen, niemals! Bei jeder außenpolitischen Katastrophe gilt der Satz: mitgegangen, mitgehangen. Wer mit geht, ist mitverantwortlich, denn keiner kann gezwungen werden, mitzugehen. Wer sich zwingen läßt, ist eben passiv, und politische Passivität führt ein für allemal zu Katastrophen. Daran ist nicht zu rütteln. Und haben wir denn seit Unterzeichnung des Friedens keine sozialdemokratische Regierung, keine sozialdemokratischen Außenminister gehabt? Was haben denn die erreicht? Haben sie irgend etwas durchgesetzt, nach innen oder außen, das die Lage des deutschen Volkes erleichtert hätte? Wenn einer immer den Vorgänger für seine Handlungen verantwortlich macht, so kann man daraus ein Gesellschaftsspiel machen und bis auf Olims Zeiten zurückgehen, aber an der Verantwortlichkeit für die Handlung, die er sich im Augenblick abnötigen läßt, wird dadurch nichts geändert. Daß nach solchem Anfang die Debatte sich zu einem Parteigetümmel zwischen rechts und links entwickeln mußte, war klar. Nötig war es nicht und die Deutschnationalen hätten ihre Argumente wirksamer gemacht, wenn sie nicht gerade einen Redner vorgeschickt hätten, dessen Person, gleichgültig ob mit Recht oder Unrecht, allein schon, wie man recht gut wissen konnte, auf die Linke aufreizend wirkte. Das entschuldigt die unsachliche Animosität der Linken selbst natürlich in keiner Weise, aber wenn die Parteien nur allgemein den Taft aufbringen würden, diejenigen Persönlichkeiten, deren Bestrebungen der Ausgang des Krieges im Unrecht erscheinen läßt, bis auf weiteres in den Hintergrund treten zu lassen, wie das in allen andern Ländern der Fall ist, so würde das die Lösung außenpolitischer Probleme sehr erleichtern. Gerade in außenpolitischen Dingen, wo selten bewiesen werden kann, ob eine Handlung oder Richtung absolut falsch ist, ist Einheit der Richtung notwendig und es erleichtert den Kämpfern ihren Widerstand nicht, wenn die Verwundeten oder Angeschossenen hartnäckig das Feld behaupten, anstatt sich heilen zu lassen und einen günstigeren Zeitpunkt zum Eingreifen abzuwarten, an dem, wie das in allen parlamentarisch regierten Ländern einzutreten pflegt,

die jetzigen Führer abgekämpft sind und das Steuer dann mit voller und um so wirksamerer Wucht herumgeworfen werden kann. Wo Widerstand nichts nützt, darf man keine Kräfte verzettern.

Was die Annahme des Ultimatums selbst betrifft, so halte ich sie für einen ebenso schweren Fehler wie die Unterschrift des Friedensvertrages, d. h. für den schwersten, den man überhaupt begehen konnte. Und wenn man damals die Absicht hatte, die Absplitterung deutschen Gebietes, den Zerfall der deutschen Einheit und weiteres Einrücken der Feinde zu verhindern, so bestehen heute diese damals immerhin begründeten Rücksichten nicht mehr. Die Rheinländer haben längst erkannt, daß ihr Heil bei Frankreich nicht sein kann, die französische Presse ist voll von Klagen über den Umschwung der Stimmung. Der Zerfall der deutschen Einheit droht durch Bayerns Haltung in der Entwaffnungsfrage nach wie vor, und weitere Besetzung deutschen Gebietes, insbesondere des Ruhrbeckens, wird durch Annahme des Ultimatums eben nicht abgewendet. Schon jetzt ist von einer Aufhebung der zur Erzwingung der Unterschrift bisher angewandten „Sanktionen“ keine Rede. Aber man übersieht, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mit den finanziellen Bestimmungen des Londoner Abkommens keineswegs zufrieden ist, die Garantien für durchaus ungenügend hält und der festen Überzeugung ist, man müßte sich Pfänder für die Ausführung des Londoner Abkommens durch Deutschland sichern. Schon erklärt Briand, der am 19. Mai vor Kammer und Senat einen harten Kampf zu bestehen haben wird, die fünfzehn Jahre der Besetzung der Rheinlande seien ein Minimum, schon jetzt suchen französische Blätter nach Vorwänden, um Verfehlungen Deutschlands feststellen zu können, die eine sofortige Besetzung des Ruhrgebiets rechtfertigen würden. Die mobilisierte Jahreshälfte 19 wird weiter unter den Waffen gehalten. Nicht umsonst schreibt der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, General Rollet sei der Befehl gegeben worden, auf die strikteste Beobachtung der Entwaffnungsklauseln zu achten, nicht umsonst veröffentlichen andere Blätter Kalender mit Terminen, bis zu denen die unterschiedlichen Verpflichtungen erfüllt sein müssen, nicht umsonst zieht „Action française“ jeden Tag gegen Briands Unentschlossenheit zu Felde, nicht umsonst läßt Poincaré als präsumtiver Nachfolger Briands in dem letzten seiner „Freien Briefe“ im „Temps“ einen Bewohner der zerstörten Gebiete folgendermaßen sprechen: „Haben die Engländer die deutschen Zeppelein vergessen? Glauben sie, daß sie in einem neuen Kriege geschützter sind als wir? Deutschland entwaffnet nicht und zahlt nicht. Worauf warten wir, es selbst zu entwaffnen und es selber zum Zahlen zu bringen? Zwei Jahre warten wir schon. War es nicht ausgemacht, daß wir uns am 1. Mai selber materielle Pfänder suchen würden? Nehmen wir an, daß die Deutschen die Geschicklichkeit haben, unsere Bedingungen anzunehmen, was bleibt uns an Stelle eines Pfandes, das wir eventuell zur Tilgung unserer Schulden ausbeuten könnten, in Händen? Deutschlands Versprechen und Bohns, also ein paar Papiere mehr. Wenn sich Deutschland eines Tages weigerte zu zahlen, welche Mittel werden wir haben, es zu zwingen?“ Es mag leicht sein, daß auch in Frankreich Wirtschaftssachverständige die Besetzung des Ruhrgebiets als nicht einträglich ablehnen, aber die Geschichte des Krieges ist reich genug an Beispielen dafür, daß in Fällen, wo in den Parlamenten die Wogen patriotischer Erregung hochgehen, eben nicht nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden wird.

Eins freilich ist den Franzosen bisher nicht gelungen, was ihnen in London gewiß äußerst erwünscht gewesen wäre: die Deutschen durch den oberschlesischen Einfall zu provozieren. Man hätte es gar zu gern gesehen, daß Reichswehr oder Freikorps eingegriffen hätten, um dann sagen zu können: die Deutschen beginnen aufs neue einen Krieg, sie haben nicht entwaffnet, da ist der Beweis. Es muß eingerückt werden. — Dann würde im Westen verloren gehen, was im Osten gewonnen würde. Es besteht allerdings wenig Hoffnung, daß die oberschlesische Frage eine gerechte Lösung findet. Lloyd George hat freilich erklärt, daß die Alliierten, wie sie Deutschland entwaffnet hätten, verpflichtet seien, Deutsch-

land davor zu bewahren, in Folge seiner Entwaffnung das Opfer eines militärischen Angriffs durch eine dritte Partei zu werden, aber „Daily Chronicle“ fügte gleich hinzu, ein großer Teil im Korfantgebiet werde doch so wie so polnisch und es sei unflug, von Seiten der Alliierten, die polnischen Aufständischen auf einem Boden niederzuschleßen, den sie Polen schließlich doch zuweisen wollten. Das ist natürlich nichts anderes, als die Vorbereitung einer Kapitulation und auch Lloyd Georges große Unterhausrede, die höchstwahrscheinlich so nur gehalten wurde, um Briands Stellung im Parlament zu festigen, kann bei der militärischen Ohnmacht Englands, das durch Irland und den Streit stark erschüttert ist, daran wenig ändern. Die Engländer sind den offenkundig parteiischen Franzosen gegenüber militärisch absolut ohnmächtig und wie am Bug und in Wilna werden die Polen trotz England auch ihre dritte Eigenmächtigkeit durchsetzen. Und in einem solchen Augenblick sollen wir, wie der Kanzler verlangte, „den ernsten und entschlossenen Willen (welch schönes Deutsch!) haben, das Äußerste aufzubieten, um den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden“? Ist es nicht ein wenig viel verlangt?

Menenius



Aus neuen Büchern

Franz Rosenzweig, Hegel und der Staat. Bd. I: Lebensstationen (1770—1806), Bd. II: Weltepochen (1806—1831). München und Berlin (H. Oldenbourg) 1920. XVI und 252 S.; VI und 260 S. M. 20,—; M. 24,— und T. 3. Gedr. mit Unterstützung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Die 150. Wiederkehr von Hegels Geburtstag ist in eine Zeit mächtig auflebenden Interesses für die Kultur- und Geschichtsbetrachtung des großen Geistesphilosophen gefallen. Seit es W. Dilthey 1887 ausgesprochen hat, daß die Zeit des Kampfes mit Hegel vorüber und die seiner historischen Erkenntnis gekommen sei, ist sogar eine teilweise Neubelebung Hegelscher Ideen erfolgt, die noch in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts für endgültig begraben galten. Der auf den verschiedensten Feldern unseres geistigen Lebens aufkeimende Drang nach synthetischer Durchdringung aller wissenschaftlichen Einzelarbeit durch die Macht des freien Gedankens, nach Philosophie im Sinne einer schöpferischen Gesamtanschauung unseres Weltbildes hat die Sehnsucht nach der großartigen Geschlossenheit der idealistischen Systeme neu erwachen lassen. Und selbst die geschichtliche Forschung im engeren Sinne, in Folge ihrer besonderen Entwicklung und der — heute mehr denn je bewußten — Jüngerschaft des großen Hegelgegners Ranke von Hause aus im anderen Lager stehend, erkennt mit zunehmender Klarheit, wieviel sie innerlich und für ihre (ehemalige) Stellung im geistigen Leben der Nation den Ideen des schwäbischen Philosophen verdankt, der den Staat so bewußt und eindrucksvoll in den Mittelpunkt seiner Kulturbetrachtung stellte.

Von der Idee des Staates her versucht denn auch das angezeigte Buch in das Innere dieser Gedankenwelt einzudringen. Der Verfasser bekennt sich als Schüler Friedrich Meinekes; aber von Anfängerarbeit kann diesem Werke gegenüber nicht eigentlich die Rede sein. Es steht auf einer so bedeutenden geistigen Höhe, daß man es unbedenklich unter die besten Schriften der gesamten Hegelliteratur wird zählen dürfen. Weite des Gesichtskreises, Fülle und Tiefe der historischen und philosophischen Bildung, Kraft und lebendige Anschaulichkeit der Sprache erheben es über den Rang einer fachwissenschaftlichen Leistung im engeren Sinne; und so kann seine Lektüre auch im Rahmen dieser Zeitschrift empfohlen